

EU-Wahl – Antrag 4

**Antrag der Landesleitung der KPÖ-Tirol an die Parteikonferenz vom 13. März 2004
Dieser Antrag ist im übrigen fast wortgleich mit einem Beschluß der Landeskonferenz
der KPÖ-Tirol vom 08. November 2003**

Keine Beteiligung an den EU-Parlamentswahlen 2004

Die EU entwickelte sich in der Vergangenheit zu einem wichtigen imperialistischen Zentrum. Sie war, ist und bleibt das Europa der Banken und Konzerne, ein Projekt im Interesse des europäischen Finanzkapitals.

Die ökonomische Macht dieses Zentrums soll nun mehr und mehr mit einer eigenständigen Militärpolitik, mit dem Aufbau einer EU-Interventionsarmee abgesichert werden. Aufgabe von Kommunistischen und Linksparteien ist es, den Charakter dieses Projekts aufzuzeigen, antikapitalistische Alternativen zu entwickeln und Schritte zur Überwindung des kapitalistischen Systems zu setzen.

Die EU verfolgt das genaue Gegenteil einer fortschrittlichen Politik: verstärkte Ausbeutung und Entrechtung der arbeitenden Menschen, rassistische Abschottungspolitik, Aufrüstung und Militarisierung sind ihre Ziele. Dem EU-Parlament kommt dabei die Aufgabe zu, den demokratischen Schein im Interesse dieser Ziele zu wahren. Fortschrittliche Kritik soll sich – nach dem Willen der Mächtigen – diesem Ziel unterordnen und im Rahmen des EU-Parlamentarismus verbleiben.

Die KPÖ verzichtet auf eine Kandidatur bei den EU-Parlamentswahlen – nicht zuletzt auch auf Grund der schwierigen finanziellen Lage, in die unsere Partei geraten ist.